

Maria Noichl, MdEP

Europa im Ländlichen Raum

Europa wird durch seine ländlichen Räume geprägt. Fast 80 Prozent der Fläche nehmen diese ein. Fast 30 % der Menschen leben in Europa auf dem Land. In Deutschland gar die Mehrheit der Menschen. Dabei werden diese Regionen in politischen und gesellschaftlichen Diskursen häufig marginalisiert oder vernachlässigt. Wenn Europa Demokratie, soziale Teilhabe, Gleichstellung und nachhaltige Entwicklung fördern möchte, muss sie daher die Zivilgesellschaft im ländlichen Raum stärken. Die Vergangenheit hat dabei gezeigt, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Lebensqualität im ländlichen Raum und dem zivilgesellschaftlichen Engagement gibt. Zudem erschweren soziale, kulturelle oder strukturelle Barrieren den Zugang zum Engagement und begrenzen die Teilhabe von Menschen. Um die Tore zu einer starken Zivilgesellschaft in der EU weiter zu öffnen, bedarf es daher eines lebenswerten ländlichen Raums sowie Maßnahmen, um diese Barrieren abzubauen. Die EU hat sich deswegen zu Recht die Stärkung des ländlichen Raums auf die Fahnen geschrieben. 2021 hat die EU-Kommission mit ihrer Vision für die ländlichen Gebiete der EU die Basis für stärkere, vernetztere, resilientere und florierende ländliche Gebiete gelegt. Dabei wird es in den kommenden Jahren vor allem um die Verfügbarkeit digitaler Konnektivität, grundlegender und elektronischer Dienstleistungen sowie Verbesserungen der Klima- und Umweltleistungen der Landwirtschaft gehen. Diese drei Bereiche sind unseren Bürgerinnen und Bürgern am wichtigsten, wenn es darum geht, die Attraktivität der ländlichen Gebiete in Zukunft zu steigern. Als Agrarpolitikerin liegt mir vor allem der letzte Bereich am Herzen. Sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Bühne gibt es mit den Initiativen zur Zukunftskommission und dem Strategiedialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft nun auch eine Basis, die von allen AkteurInnen, aus der Zivilgesellschaft bis hin zu Bauernverbänden, geteilt wird und sich dafür ausspricht, mehr europäische Direktzahlungen für eine höhere Honorierung von Klima- und Umweltleistungen der Landwirtschaft zu nutzen. Diese einmalige Chance sollten wir nutzen und mit der Strategie der Kommission die Grundpfeiler zivilgesellschaftlichen Engagements in den ländlichen Gebieten verstärkt verfolgen.

Auf der anderen Seite brauchen wir neue Initiativen und stärkere Strukturen, um die Menschen von Europa zu begeistern und deren Stimmen bis nach Brüssel zu tragen. Unser Alltag wird heutzutage fast überall direkt oder indirekt von der EU mitbestimmt. Dennoch haben die Menschen das Gefühl, dass ihre Stimme oft zu wenig Gehör findet. Wir sollten daher nicht nur über den ländlichen Raum reden, sondern ihn auch aktiv einbinden. Das bedeutet auch, dass wir Entscheidungsprozesse dezentralisieren und mehr Mitsprache auf regionaler Ebene ermöglichen. Im ländlichen Raum sollten EntscheidungsträgerInnen und VertreterInnen der EU-Institutionen verstärkt in den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern kommen. Beispielsweise können regionale EU-Foren, die mobil ländliche Räume ansteuern, EU-Initiativen besser erklären und der EU ein Gesicht vor Ort geben. Lokale zivilgesellschaftliche Initiativen sollten verstärkt gefördert werden. Dabei können Förderprogramme, Bürokratie-Abbau und gezielte Schulungen, um Projektideen schnell umzusetzen, zu mehr zivilgesellschaftlichem Engagement führen. Die digitale Teilhabe muss gezielt gestärkt werden. Insbesondere in Deutschland haben wir hier noch

Investitionslücken, die mit der neuen Regierung angegangen werden müssen. Regional sollten wir Anlaufstellen fördern, bei denen man ganz konkret auf EU-Expertise trifft. Dabei sollten Informationen über Förderprogramme geboten, Beteiligungsformate moderiert und die Zivilgesellschaft vernetzt werden. EU-Initiativen müssen auch vor Ort im ländlichen Raum mit der Zivilgesellschaft umgesetzt werden. Auch hier gibt es aus der Agrarpolitik ein gutes Beispiel, das zeigt, dass europäische Gesetzinitiativen besser in den ländlichen Raum getragen werden müssen. Die Pestizidverordnung, die den Einsatz chemischer Pestizide bis 2030 um 50 Prozent reduzieren sollte, wäre mit großen gesamtgesellschaftlichen Gewinnen für den ländlichen Raum einhergegangen. Gerade für die LandwirtInnen hätten sich diese Initiativen im Portemonnaie durch öffentliches Geld und auch für die eigene Gesundheit gelohnt. Die gesundheitlichen Folgen durch den Pestizideinsatz sind mittlerweile gut erforscht: In Frankreich gilt Parkinson beispielsweise mittlerweile als eine anerkannte Berufskrankheit bei LandwirtInnen. In Zukunft müssen wir sicherstellen, dass Ziele und Umsetzung europäischer Initiativen vorab besser begleitet und erklärt werden. In meiner Heimat Bayern erlebe ich oft, dass Verbändeanhörungen von vielen als ausreichender Einbezug der Zivilgesellschaft gesehen werden. Dies ist aber zu kurz gesprungen. Ich erlebe die Gesellschaft auf dem Land ähnlich geteilt wie in der Stadt: In eine »organisierte Bevölkerung« (wie beispielsweise bei der Feuerwehr, im Bauernverband oder im Kirchenvorstand) und eine nicht verbandlich organisierte Bevölkerung. In Zukunft muss es gelten, beide Gruppen an Bord eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses zu holen. Bürgerräte, aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern könnten hier ein Ansatz sein, um die Gedanken und auch Sorgen der ganzen Gesellschaft umfassender wahrzunehmen.

Auch müssen zukünftig die bestehenden Strukturen, die wir auch auf europäischem Niveau bereits haben, wie den Ausschuss der Regionen, mehr in die Verantwortung genommen werden. Aber auch die anderen Institutionen müssen über einen transparenteren und engeren Austausch mit den ländlichen Räumen nachdenken. Denn unsere Demokratie lebt von Austausch, Transparenz und Mitmachen. Das darf nicht an den Grenzen urbaner Zentren haltmachen. Daher ist es uns SozialdemokratInnen ein essenzielles Anliegen, eine stärkere Zivilgesellschaft im ländlichen Raum weiterzuverfolgen und Europa sozialer, nachhaltiger, gleichgestellter und inklusiver werden zu lassen - in jeder Region.

Autorin

Maria Noichl, MdEP, ist seit 2014 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Derzeit ist sie Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) sowie des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM). Zudem ist sie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) sowie im Unterausschuss für Menschenrechte (DROI). Maria Noichl, MdEP, ist seit September 2022 Vorsitzende des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL) und seit Juni 2023 Vorsitzende von Landcare Europe e. V.

Weitere Informationen: www.maria-noichl.eu

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa@b-b-e.de

www.b-b-e.de